

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Merseburg, 19.05.2026

über die 11. Sitzung des Stadtrates Merseburg öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum:	07.05.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	17:00 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	19:51 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Rüdiger Abitzsch	Mitglied
Julia Susan Beier	Mitglied
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied
Uwe Darnstädt	Mitglied
Moritz Eichelmann	Mitglied
Dr. Steffen Eichner	Fraktionsvorsitzender
Petra Ernst	Mitglied
Michael Finger	Fraktionsvorsitzender
Marion Galander	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Imre Gülle	Mitglied
Lutz Hammer	Mitglied
Tino Haring	Mitglied
Michael Hayn	Stadtratsvorsitzender
Holm Kluknavsky	Mitglied
Dr. Thilo Koch	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Matthias Kreisel	Fraktionsvorsitzender
Peter Kruse	Mitglied
Dr. Lutz Kuhne	Fraktionsvorsitzender
Diana Kuhnt	Mitglied
Jody Leichsenring	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Rosel Veronika Mißberger	Mitglied
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Gabriele Naundorf	Mitglied
Marco Nickel	Mitglied
Carl Pinkert	Mitglied
Stefan Plack	Mitglied
Bernd Seifert	Mitglied
Hubertus Steinki	Mitglied
Roland Striegel	Mitglied
Marcus Turré	Mitglied
Daniel Wald	Fraktionsvorsitzender
Andree Weber	Mitglied
Kathleen Weiß	Mitglied

Nicht anwesende Stimmberechtigte:

Uwe Arendt	Mitglied
Jenny Barthel-Müller	Mitglied
Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach	Mitglied
Thomas Merk	Mitglied
Claudia Ochmann	Mitglied

Als Gäste sind anwesend:

Thomas Albrecht	SB Sitzungsdienst
Andreas Zieger	Ortsbürgermeister Trebnitz
Nils Tschetschke	
Franka Engel	Sachgebietsleiterin Kitas
Maria Bäumler	
Guido Lukesch-Heinicke	Ortsbürgermeister Kötzschen
Dana Burkhardt	
René Trupp	
Ulrike Findeisen	Geschäftsbereichsleiterin III
Bernd Hesselbarth	
Detlef Walloch	
Bellay Gatzlaff	Bürgermeister
Enrico Sempert	
Heinz Pohl	FDP-Fraktion

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung

- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

- 2.1 Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse
- 2.2 Einwohnerfragestunde
- 2.3 Bericht des Oberbürgermeisters
- 2.4 Anfragen und Anregungen der Stadträte
- 2.5 Ausschussbesetzung
031/BV/26
- 2.6 Abberufung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Merseburg
034/BV/26
- 2.7 Ernennung zu Ehrenbeamten
der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Merseburg
033/BV/26
- 2.8 Berufung in den Aufsichtsrat der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH
(SG SAS)
032/BV/26
- 2.9 Abschluss der "Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen" unter
Mitwirkung des Historischen Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Merseburg
029/BV/26
- 2.10 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim"
des Kirchenvorstand-Träger e.V.
023/BV/26
- 2.11 Fraktionsmittelsatzung
011/BV/26
- 2.12 1. Änderungssatzung zur Aufwandsentschädigungssatzung
035/BV/26
- 2.13 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen
053/BV/25
- 2.14 Informationen zu geplanten Vergabeverfahren

- 2.15 Informationen der Stadtverwaltung
- 2.16 Schließung der Sitzung

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hayn eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 33 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend. Er begrüßt die Mitglieder des Stadtrates, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Gäste, Vertreter verschiedener Institutionen sowie den Offener Kanal Merseburg-Querfurt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende den Stadträtinnen und Stadträten, die seit der letzten Stadtratssitzung Geburtstag hatten:

- Diana Kuhnt
- Manuela Krause
- Sebastian Müller-Bahr
- Jenny Barthel-Müller
- Andreas Zieger
- Uwe Arendt
- Rüdiger Abitzsch
- sowie der Stadtratsvorsitzende selbst

Allen Geburtstagskindern werden Glückwünsche ausgesprochen. Anschließend bittet Herr Hayn, Herrn Andreas Zieger aufgrund seines runden Geburtstages nach vorne und überreicht ihm einen Strauß Blumen.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hayn fragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

Herr Eichelmann beantragt, den Tagesordnungspunkt zur Rekommunalisierung der Kindertageseinrichtungen vorzuziehen. Er schlägt vor, den bisherigen Tagesordnungspunkt 2.13 unmittelbar nach dem Tagesordnungspunkt 2.9 zu behandeln, damit die interessierten Gäste und Vertreter der Einrichtungen die Beratung noch verfolgen können.

Herr Hayn weist darauf hin, dass sich weitere Mitglieder angekündigt hätten und die Angelegenheit aufgrund ihrer Bedeutung möglichst in vollständiger Besetzung beraten werden solle. Deshalb habe er den Tagesordnungspunkt bewusst weiter hinten auf die Tagesordnung gesetzt. Anschließend lässt er über den Antrag abstimmen, den Tagesordnungspunkt 2.13 vorzuziehen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	33
Befangen	0
Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	17
Enthaltungen	3

Der Änderungsantrag von Herrn Eichelmann wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hayn fragt, ob es weitere Änderungsanträge gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	33
Befangen	0
Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	20

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Hayn fragt, ob es Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 05.03.2026 gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die öffentliche Niederschrift abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	33
Befangen	0
Ja-Stimmen	30
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Die öffentliche Niederschrift vom 05.03.2026 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung**TOP 2.1 Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse**

Herr Hayn teilt mit, dass es keine gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse gibt.

TOP 2.2 Einwohnerfragestunde

Herr Hayn eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17:08 Uhr. Er fragt, ob es Fragen aus der Einwohnerschaft gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 17:09 Uhr.

TOP 2.3 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister berichtet über aktuelle Entwicklungen und Veranstaltungen in der Stadt Merseburg.

Machbarkeitsuntersuchung Schwimmhalle

Ende März wurde die Machbarkeitsuntersuchung zur geplanten Schwimmhalle dem begleitenden Gremium vorgestellt. Im Anschluss fand ein intensiver Austausch statt. Die dabei eingebrachten Hinweise wurden an das Planungsbüro weitergegeben. Auf dieser Grundlage soll nun die finale Fassung erarbeitet werden. Anschließend sollen die Projektphasen 1 bis 5 bis zum Frühjahr des kommenden Jahres vorangebracht werden.

Frühjahrsputz

Am 28. März fand der diesjährige Frühjahrsputz statt. In verschiedenen Stadtteilen und Ortschaften beteiligten sich Bürgerinnen und Bürger an Reinigungs- und kleineren Reparaturarbeiten. Stellvertretend nennt der Oberbürgermeister den Ortsteil Beuna mit der Ortsbürgermeisterin sowie zahlreichen Helferinnen und Helfern. Er bedankt sich bei allen ehrenamtlich Engagierten für die Vorbereitung und Durchführung der Aktion.

Tag der offenen Tür der Stadtwache

Am 11. April fand ein Tag der offenen Tür der Stadtwache Merseburg statt. Die Besucherinnen und Besucher konnten die neue Stadtwache besichtigen und sich über die Arbeit des Innen- und Außendienstes informieren. Dabei wurden unter anderem Arbeitsabläufe sowie technische Geräte wie ein Blitzeranhänger vorgestellt. Der Oberbürgermeister bedankt sich bei den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Organisation und Durchführung der Veranstaltung. Er berichtet, dass die angebotenen Führungen vollständig ausgebucht gewesen seien und zusätzliche Führungen angeboten werden mussten.

Tierpatenfest

Am darauffolgenden Sonntag fand das Tierpatenfest im Tierpark Merseburg statt. Trotz wechselhaften Wetters sei die Veranstaltung wieder gut besucht gewesen. Der Oberbürgermeister hebt hervor, dass insbesondere Menschen teilgenommen hätten, die den Tierpark auch finanziell unterstützten. Im Rahmen der Veranstaltung konnten neue Tierpatinnen und Tierpaten begrüßt werden. Zudem weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass im Tierpark im Zusammenhang mit dem Masterplan weitere Entwicklungen bevorstünden. Bereits fertiggestellt sei ein neues Gehege, das auf seine zukünftigen Bewohner warte.

Girls' and Boys' Day

Auch die Stadtverwaltung beteiligte sich erneut am Girls' and Boys' Day. Junge Menschen erhielten Einblicke in verschiedene Arbeitsbereiche der Verwaltung. Beispielhaft nennt der Oberbürgermeister die Feuerwehr, die auf besonderes Interesse gestoßen sei. Dabei seien nicht nur Einsatzfahrzeuge vorgestellt worden, sondern auch die vielfältigen Aufgabenbereiche der Feuerwehr.

Neue Glocke für die Kirche in Freimfelde

Für die evangelische Gemeinde sowie die Stadt sei die Rückkehr einer neuen Glocke in die Kirche ein besonderes Ereignis gewesen. Die Glocke konnte mit Unterstützung der MDR-Sendung „Mach dich ran“ beschafft werden. Die ursprünglichen Glocken waren im Zweiten Weltkrieg eingeschmolzen worden, sodass bislang nur noch eine kleinere Glocke vorhanden gewesen sei. Nun verfüge die Kirche wieder über zwei Glocken. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es sich bei der Kirche um die Ratskirche handele und hebt ihre Bedeutung für den Stadtrat hervor.

Hochschulinformationstag

Die Stadt Merseburg beteiligte sich erneut am Hochschulinformationstag der Hochschule Merseburg. Der Messestand der Stadt wurde neu gestaltet und unter anderem mit Sitzgelegenheiten und Loungemöbeln ausgestattet, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Nach Angaben des Oberbürgermeisters sei der Stand insbesondere gegen Mittag gut besucht gewesen.

Kinderstadtrat

Auch ein Kinderstadtrat fand erneut statt. Teilgenommen haben Klassenvertreterinnen und Klassenvertreter der Klassen 1 bis 4 der Otto-Lilienthal-Grundschule. Der Oberbürgermeister hebt hervor, dass die Kinder sehr diszipliniert und gut vorbereitet gewesen seien. Während der Sitzung seien verschiedene Tagesordnungspunkte diskutiert und abgestimmt worden. Er erklärt zudem, dass künftig die Fraktionsvorsitzenden über die Sitzungen informiert werden sollen, damit jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter teilnehmen könne.

Besuch der Innenministerin

Tamara Zieschang besuchte die Stadt Merseburg zweimal. Beim ersten Besuch informierte sie sich über die Arbeit der Stadtwache und zeigte sich nach Angaben des Oberbürgermeisters beeindruckt von der Entwicklung der Einrichtung. Außerdem stellte sie in Aussicht, mögliche Pilotprojekte des Landes in Merseburg zu unterstützen. Darüber hinaus besichtigte sie die geplante Schwimmhalle. In ihrer Funktion als Sportministerin sagte sie Unterstützung bei der Begleitung bereits beantragter Förderprogramme zu.

Treuepassaktion Innenstadt

Gemeinsam mit dem Verein Mittendrin Merseburg, den Innenstadt-Händlern und der Wirtschaftsförderung wurde zum 1. Mai eine Treuepassaktion gestartet. Bis Ende September können Kundinnen und Kunden bei teilnehmenden Händlern Aufkleber sammeln und anschließend an Gewinnaktionen teilnehmen. Nach Angaben des Oberbürgermeisters beteiligen sich inzwischen rund 45 Geschäfte und Einrichtungen, darunter auch das Domstadtkino Merseburg.

Besuch im Stadtstadion

Bei einem weiteren Besuch informierte sich Innenministerin Tamara Zieschang im Stadtstadion über den Bau eines sogenannten Soccercourts. Im Rahmen des Termins wurde außerdem bekanntgegeben, dass zwei Vereine gemeinsam Fördermittel in Höhe von einer Million Euro aus Landesmitteln erhalten sollen. Geplant seien unter anderem:

- die Erneuerung der Leichtathletikanlage,
- die Sanierung der Tartanbahn,
- die Erweiterung des Kunstrasenplatzes,
- die Modernisierung der Tribüne,
- eine Beregnungsanlage,
- sowie eine neue Flutlichtanlage.

Der Oberbürgermeister hebt hervor, dass viele Arbeiten mit Unterstützung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer umgesetzt werden sollen

Herr Hayn dankt dem Oberbürgermeister und fragt, ob es Fragen gibt.

Frau Dr. Czikowsky ergänzt den Bericht um die Durchführung der 21. Merseburger DEFA-Filmtage. Sie berichtet, dass die Filmtage unter dem Thema „Arbeit“ stattgefunden hätten und sehr gut angenommen worden seien. Am Veranstaltungswochenende seien mehr als 962 Besucherinnen und Besucher gezählt worden. Damit habe die Veranstaltung mehr Zuschauer als im Vorjahr erreicht.

Herr Hayn fragt, ob es weitere Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.4 Anfragen und Anregungen der Stadträte

Herr Hayn sagt, dass ihm zwei schriftliche Fragen vorliegen und erteilt Frau Mißberger das Wort.

Frau Mißberger verweist auf ihre Anfrage zu Kleidercontainern im Ortsteil Beuna. Nach ihrer Wahrnehmung seien dort derzeit keine Container mehr vorhanden. Früher habe es drei Standorte gegeben. Sie fragt nach Möglichkeiten, erneut Container aufstellen zu lassen beziehungsweise Kontakt mit Betreibern aufzunehmen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass es im Raum Merseburg derzeit noch 13 Kleidercontainer sowie weitere Annahmestellen gebe, unter anderem auf dem Recyclinghof in Beuna sowie bei der AWO und weiteren Einrichtungen. Er erläutert, dass sich viele private Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Markt zurückzögen, da die Erlöse für gebrauchte Kleidung stark gesunken seien. Der Landkreis arbeite bereits an alternativen Lösungen, beispielsweise mit mobilen Sammelstellen. Für Merseburg bestehe aktuell noch kein akuter Handlungsbedarf, da weiterhin mehrere Sammelstellen vorhanden seien. Die Stadt habe die Gebühren für Containerstandorte bereits auf null Euro reduziert, um bestehende Angebote zu erhalten.

Frau Mißberger fragt nach, ob eine Anfrage bei Betreibern zur Aufstellung weiterer Container in Beuna dennoch möglich sei.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die Stadt entsprechende Anfragen unterstütze, dämpft jedoch die Erwartungen aufgrund der allgemeinen Marktlage.

Frau Mißberger spricht außerdem den Wegfall von Ein-Euro-Jobbern im Ortsteil Beuna an. In den vergangenen Jahren seien dort regelmäßig Arbeitskräfte eingesetzt worden, die bei Pflegearbeiten unterstützt hätten.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass der sogenannte zweite und dritte Arbeitsmarkt inzwischen nahezu leergefegt sei. Die Zahl verfügbarer Arbeitskräfte sei stark zurückgegangen. Die verbliebenen Kräfte müssten inzwischen stadtweit eingesetzt werden und könnten nicht mehr ausschließlich einzelnen Ortsteilen zugeordnet werden. Er verweist darauf, dass notwendige Arbeiten weiterhin mit dem zuständigen Sachgebietsleiter Grünflächenpflege abgestimmt werden könnten.

Frau Dr. Czikowsky fragt nach den Schaukästen im Stadtgebiet.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die stadteigenen Schaukästen in den Ortsteilen weiterhin vorhanden seien und dort durch die Ortsbürgermeister gepflegt würden. Die Schaukästen in der Innenstadt befänden sich hingegen nicht im Eigentum der Stadt, sondern gehörten einem privaten Werbeanbieter. Diese würden von der Stadt nicht mehr bestückt. Zudem verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die personellen Kapazitäten der Verwaltung nicht ausreichten, um regelmäßig sämtliche Schaukästen im Stadtgebiet zu betreuen.

Frau Dr. Czikowsky fragt nach, ob zumindest die Überschriften oder Hinweise entfernt werden könnten.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass hierzu bereits Gespräche mit dem Betreiber geführt worden seien. Die Verwaltung werde den aktuellen Stand nochmals prüfen.

Frau Dr. Czikowsky weist darauf hin, dass die Bescheinigungen über die erhaltenen Aufwandsentschädigungen für die Steuererklärung bislang noch nicht verschickt worden seien. In den Vorjahren seien diese Unterlagen regelmäßig bereits im Februar versandt worden.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die Anfrage bereits eingegangen sei und sich in Bearbeitung befinde. Er könne jedoch derzeit keinen genauen Versandtermin nennen.

Frau Dr. Czikowsky weist auf die Polleranlagen in der Gotthardstraße hin. Sowohl am Anfang als auch am Ende der Straße seien die mittleren Poller häufig abgesenkt, sodass Fahrzeuge ungehindert passieren könnten. Sie erklärt, dass die Poller ursprünglich zur Regelung des Lieferverkehrs installiert worden seien und ihre Funktion nur erfüllen könnten, wenn sie tatsächlich geschlossen seien. Aus aktuellem Anlass habe sie sich die Situation nochmals genauer angesehen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass das Problem der Verwaltung bereits bekannt sei. Bereits vor einigen Jahren habe es ähnliche Situationen gegeben. Die Poller könnten entweder über Transponder oder mit einem Schlüssel geöffnet werden. Vermutlich würden sie nach der Nutzung teilweise manuell abgesenkt bleiben. Er erläutert, dass abgesenkte Poller anschließend nicht automatisch wieder hochfahren könnten. In solchen Fällen müsse ein Mitarbeiter die Anlage manuell zurücksetzen. Die Verwaltung wolle nun erneut prüfen, wodurch die aktuellen Störungen verursacht würden.

Frau Dr. Czikowsky fragt weiter, ob alle Grundschulen und Kindertagesstätten alarmgesichert seien. Hintergrund seien aktuelle Vorfälle, unter anderem ein Einbruch und Wasserschäden am Herder-Gymnasium.

Herr Hayn sagt, dass die Antwort sicherheitsrelevante Aspekte betreffen könne. Es wird vereinbart, die Frage im nicht öffentlichen Teil zu beantworten.

Frau Ernst erinnert an ihre bereits mehrfach gestellte Anfrage zur Nahversorgung im Bereich Bahnhofsstraße, Sixtistraße, Hohendorfer Marke sowie östlich der König-Heinrich-Straße und

Halleschen Straße. Nach ihrer Einschätzung habe sich dort bislang nichts verändert. Gerade im Zusammenhang mit Sanierungen durch die Wohnungswirtschaft werde der Bedarf an wohnortnaher Versorgung weiter steigen. Zusätzlich fragt sie nach der Zukunft leerstehender Gebäude, insbesondere der ehemaligen Rewe-Kaufhalle in der Leunaer Straße sowie des ehemaligen Lidl-Standortes.

Herr Hayn erklärt, dass ihm die Anfrage schriftlich nicht vorgelegen habe.

Herr Müller-Bahr verweist darauf, dass vereinbart worden sei, die Angelegenheit im Rahmen der Informationen der Stadtverwaltung zu behandeln. Daher solle die Antwort zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Herr Seifert spricht die Möglichkeit an, Bürgergeldempfänger für gemeinnützige Tätigkeiten einzusetzen. Er fragt, ob hierzu Überlegungen des Landrates beziehungsweise des Landkreises vorlägen und ob die Stadt daran beteiligt sei.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass sich der Kreistag bereits mit dem Thema beschäftigt habe. Die Stadt Merseburg habe gegenüber dem Landkreis ihre Bereitschaft erklärt, entsprechende Arbeitskräfte insbesondere im Bereich Grünpflege und Straßenreinigung einzusetzen. Bislang seien der Stadt jedoch keine entsprechenden Personen zugewiesen worden. Er ergänzt, dass einzelne Personen bereits bei anderen Einrichtungen tätig seien, beispielsweise bei der mWIR e. V..

Herr Seifert spricht die zunehmenden Schmierereien im Stadtgebiet an und fragt nach möglichen Gegenmaßnahmen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die Stadt im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten Schmierereien entferne oder übermale. Vorrang hätten dabei besonders sensible Bereiche wie die Innenstadt, die Gotthardteichanlagen oder der Tierparkbereich. In diesen Bereichen werde versucht, innerhalb weniger Tage tätig zu werden. Eine flächendeckende sofortige Beseitigung im gesamten Stadtgebiet sei personell jedoch nicht leistbar. Er bestätigt, dass aktuell erneut verstärkt Schmierereien festgestellt würden, insbesondere mit Beginn der wärmeren Jahreszeit. Er berichtet zudem, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung noch am selben Tag erneut in der Gotthardstraße tätig gewesen seien, um Schmierereien zu entfernen.

Herr Pinkert betritt den Saal und nimmt aktiv an der Sitzung teil. Es sind nunmehr 34 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Herr Finger verweist auf das Vorhaben, die Merseburger Zaubersprüche als immaterielles Weltkulturerbe anerkennen zu lassen. Er erklärt, dass der Schwerpunkt der Aktivitäten im Jahr 2027 liegen solle. Vor dem Hintergrund der verbleibenden Vorbereitungszeit fragt er:

- welche vorbereitenden Maßnahmen vorgesehen seien,
- wer innerhalb der Verwaltung verantwortlich sei,
- wie Institutionen, Vereine und Bürgerinnen und Bürger eingebunden würden,
- sowie ob bereits ein Terminplan existiere.

Zudem berichtet er, dass er selbst bereits eine Ausstellung zu den Merseburger Zaubersprüchen plane.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass nach aktueller Einschätzung im Laufe des Jahres mit einer Entscheidung über den UNESCO-Titel gerechnet werde. Rechteinhaber und formaler Antragsteller seien jedoch die Vereinigte Domstifter. Zwischen den Domstiftern, dem Land, dem Landkreis und der Stadt habe bereits ein gemeinsamer Austausch stattgefunden. Vorgesehen sei die Einrichtung eines Beirates beziehungsweise Gremiums, das die weiteren Maßnahmen koordinieren solle.

Dabei gehe es insbesondere um:

- die Aufgabenverteilung,
- die Finanzierung,
- sowie die Beteiligung der verschiedenen Institutionen und der Stadtgesellschaft.

Er erklärt weiter, dass parallel bereits erste Ideen entwickelt würden. So gebe es Überlegungen, die kommenden Schlossfestspiele stärker unter das Thema der Merseburger Zaubersprüche zu stellen.

Herr Darnstädt spricht die Kampagne gegen die Vermüllung im Stadtgebiet an, bei der unter anderem der Oberbürgermeister selbst auf Plakaten zu sehen gewesen sei. Er fragt nach den bisherigen Erfahrungen und Rückmeldungen zu dieser Aktion.

Herr Müller-Bahr erläutert, dass die Kampagne gemeinsam mit weiteren Akteuren durchgeführt worden sei, darunter Vertreter der muslimischen und türkischen Gemeinde. Ziel sei gewesen, mit persönlichen Botschaften für mehr Sauberkeit im Stadtgebiet zu werben. Er verweist auf eine bestehende Arbeitsgruppe in Merseburg-Süd, an der unter anderem Wohnungsunternehmen und die Stadt beteiligt seien. Dort würden solche Themen regelmäßig ausgewertet und besprochen. Eine konkrete messbare Auswertung liege bislang nicht vor. Die Verwaltung wolle jedoch Rückmeldungen aus dieser Arbeitsgruppe einholen.

Herr Darnstädt erklärt anschließend, dass er bei einer der Veranstaltungen kurzfristig eingeladen worden sei.

Herr Müller-Bahr erklärt, ihm lägen hierzu keine Informationen vor. Er weist darauf hin, dass es sich um Arbeitstreffen auf Verwaltungsebene gehandelt habe und nicht um politische Veranstaltungen. Er sagt zu, die Angelegenheit nochmals zu prüfen und dem Stadtrat eine Rückmeldung zum Stand der Maßnahmen in Merseburg-Süd zu geben.

Herr Turré weist auf eine Einladung anlässlich des 350. Todestages von Paul Gerhardt hin. Gemeinsam mit dem Altstadtverein Merseburg, der evangelischen Gemeinde sowie dem Freundeskreis Literatur sei am 6. Juni eine musikalische Aktion in der Paul-Gerhardt-Straße geplant. Er lädt die Mitglieder des Stadtrates zur Teilnahme ein und verweist darauf, dass auf der Rückseite der Einladung die Liedtexte enthalten seien.

Herr Hayn bedankt sich für die Einladung und fragt, ob es weitere Anmerkungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.5 Ausschussbesetzung

Herr Hayn fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er verweist auf die aktuelle Übersicht der Ausschussbesetzungen und verliest die Beschlussvorlage:

„Der Stadtrat beschließt die Ausschussbesetzung gemäß der Anlage.“

Er ruft zur Abstimmung auf.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.6 Abberufung von Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Merseburg

Frau Findeisen erläutert die Beschlussvorlage. Sie erklärt, dass die Kommunalaufsicht darauf hingewiesen habe, dass die Abberufung und Berufung von Stadtwehrleitungen und Ortswehrleitungen zusätzlich durch Beschluss des Stadtrates bestätigt werden muss. Dies leite sich aus den Regelungen des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes sowie den Zuständigkeitsregelungen der Kommunalverfassung ab.

Herr Hayn fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er verliest die Beschlussvorlage:

Der Stadtrat beschließt:

1. Dirk Grötzsch rückwirkend zum 2. März 2026 von den Funktionen als Stadtwehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Merseburg sowie Ortswehrleiter Merseburg abuberufen und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zu entlassen,
2. Stephan Jahn rückwirkend zum 31. Dezember 2025 von den Funktionen als stellvertretender Stadtwehrleiter sowie stellvertretender Ortswehrleiter Merseburg abuberufen und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zu entlassen.

Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.7 Ernennung zu Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Merseburg

Herr Hayn erläutert, dass nach der Abberufung nun auch die Berufungen durch Beschluss bestätigt werden müssten. Er verliest die Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von sechs Jahren rückwirkend zum 5. März 2026:

1. Peggy Drehkopf zur Stadtwehrleiterin der Freiwilligen Feuerwehr Merseburg sowie Ortswehrleiterin Merseburg zu berufen,
2. Sascha Benz zum stellvertretenden Stadtwehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Merseburg zu berufen,
3. Stephan Jahn zum stellvertretenden Ortswehrleiter Merseburg zu berufen,
4. Sven Linke zum Ortswehrleiter Geusa zu berufen,
5. Eric Gülle zum stellvertretenden Ortswehrleiter Geusa zu berufen.

Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.8 Berufung in den Aufsichtsrat der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH (SG SAS)

Herr Hayn ruft den Tagesordnungspunkt zur Entsendung in den Aufsichtsrat der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH auf.

Er verliest die Beschlussempfehlung:

„Der Stadtrat der Stadt Merseburg beschließt, Uwe Arendt in den Aufsichtsrat der Servicegesellschaft Sachsen-Anhalt Süd mbH (SG SAS) für die Amtsperiode 2026 bis 2030 zu entsenden.“

Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	30
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	4

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.9 Abschluss der "Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen" unter Mitwirkung des Historischen Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Merseburg

Herr Hayn ruft den Tagesordnungspunkt zur Vereinbarung über die gegenseitige Unterstützung von Archiven, Bibliotheken und Museen in Notfällen auf und bittet Herrn Gatzlaff um eine kurze Einführung.

Herr Gatzlaff erläutert, dass Ereignisse wie Brände oder Havarien – beispielhaft nennt er den Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek sowie den Einsturz des Historischen Archiv der Stadt Köln – gezeigt hätten, wie wichtig gegenseitige Unterstützungseinrichtungen im Kulturbereich seien. Mit der vorgesehenen Vereinbarung solle geregelt werden, dass Archive, Bibliotheken und Museen sich in Notfällen gegenseitig unterstützen könnten. Unmittelbare finanzielle Auswirkungen entstünden zunächst nicht, im Schadensfall allerdings möglicherweise schon.

Herr Hayn fragt nach Wortmeldungen.

Herr Finger weist darauf hin, dass die Angaben zum Vorsitz des Landesarchivs aktualisiert werden müssten. Vorsitzender sei nicht mehr Dr. Detlev Heiden, sondern seit dem 1. April dessen bisheriger Stellvertreter Dr. Ralf Lusiardi.

Herr Hayn erklärt, dass der Hinweis ins Protokoll aufgenommen werde. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Er verliest die Beschlussempfehlung:

„Der Stadtrat beschließt den Abschluss der Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in Notfällen (Notfallverbund Merseburger Archive, Bibliotheken und Museen) und ermächtigt den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung.“

Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.10 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 für die katholische Kindertagesstätte "Josefsheim" des Kirchenvorstand-Träger e.V.

Herr Hayn fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

Er verliest die Beschlussvorlage:

„Der Stadtrat beschließt, zu der als Anlage beigefügten Entgeltvereinbarung zwischen dem Kirchenvorstand Träger e. V. und dem Landkreis Saalekreis für die katholische Kindertagesstätte Josefheim vom 30. Januar 2026 das Einvernehmen zu erklären.“

Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	19
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	15

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.11 Fraktionsmittelsatzung

Herr Hayn erläutert, dass die bisherige Fraktionsmittelsatzung nicht mehr rechtskonform sei. Deshalb habe die Verwaltung eine Neufassung vorbereitet. Gleichzeitig sei in den Ausschussberatungen vorgeschlagen worden, auf eine neue Fraktionsmittelsatzung zu verzichten und die bisher für Fraktionsmittel vorgesehenen Gelder stattdessen pauschal über die Aufwandsentschädigung an die Mitglieder des Stadtrates auszusahlen.

Herr Müller-Bahr ergänzt, dass die bisherige Regelung einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht habe – sowohl innerhalb der Fraktionen als auch in der Verwaltung durch Prüf- und Nachweispflichten.

Herr Hayn schlägt vor, analog zur Beratung in den Ausschüssen in mehreren Schritten abzustimmen.

1. Abstimmung über die Neufassung der Fraktionsmittelsatzung

Herr Hayn verliest die Beschlussempfehlung:

„Der Stadtrat der Stadt Merseburg beschließt die Neufassung der Satzung zur Finanzierung der Fraktionsarbeit im Stadtrat der Stadt Merseburg.“

Herr Hayn lässt abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	34
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	34
Enthaltungen	0

Die Neufassung der Fraktionsmittelsatzung wird einstimmig abgelehnt.

2. Aufhebung der bisherigen Satzung

Herr Hayn lässt über die Aufhebung der bisherigen Fraktionsmittelsatzung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	34
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Aufhebung der bisherigen Fraktionsmittelsatzung wird einstimmig zugestimmt.

3. Erhöhung der Aufwandsentschädigung

Herr Hayn erläutert, dass die bisher für Fraktionsmittel vorgesehenen Beträge künftig pauschal über die monatliche Aufwandsentschädigung ausgezahlt werden sollen. Vorgesehen sei eine Erhöhung um 12 Euro monatlich.

Herr Hayn lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	34
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	13
Enthaltungen	4

Dem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 2.12 1. Änderungssatzung zur Aufwandsentschädigungssatzung

Herr Hayn fragt, ob es hierzu Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er verliest die Beschlussempfehlung:

„Der Stadtrat beschließt die erste Änderungssatzung zur Aufwandsentschädigungssatzung.“

Er lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	34
Anwesend	34
Befangen	0
Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	13
Enthaltungen	4

Es erfolgt eine mehrheitliche Beschlussfassung.

TOP 2.13 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen

Herr Steinki und **Herr Dr. Eichner** betreten den Saal und nehmen aktiv an der Sitzung teil. Es sind nunmehr 36 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Herr Hayn erklärt, dass es sich um einen weitreichenden Beschluss für die Stadt Merseburg sowie die Kindertageseinrichtungen handele. Er kündigt an, zunächst der Verwaltung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und anschließend die Fraktionen zu Wort kommen zu lassen.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der Kindertagesbetreuung die Stadt bereits seit mehreren Jahren beschäftige. Vor etwa einem Jahr habe der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, verschiedene Modelle und deren Auswirkungen erneut umfassend zu prüfen. Er betont ausdrücklich, dass die Debatte keine negative Bewertung der Arbeit der freien Träger darstelle. Die freien Träger würden engagierte und qualitativ hochwertige Arbeit leisten. Die Mitarbeitenden begleiteten die Kinder mit großem Einsatz und hoher fachlicher Kompetenz. Die eigentliche Frage bestehe darin, wie die Stadt die frühkindliche Bildung und Betreuung künftig organisieren wolle. Er erklärt seine persönliche Auffassung, wonach Kindertagesbetreuung ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sei und deshalb grundsätzlich in kommunaler Verantwortung liegen sollte. Freie Träger könnten das Angebot ergänzen und bereichern. Zudem erinnert er daran, dass die frühere Übertragung von Einrichtungen auf freie Träger vor allem aus Kostengründen erfolgt sei. Heute gehe es nach seiner Einschätzung jedoch stärker um Fragen der Steuerung, Transparenz und langfristigen Verantwortung. Anschließend kündigt er an, dass Herr Gatzlaff als zuständiger Geschäftsbereichsleiter die fachlichen und organisatorischen Auswirkungen erläutern werde.

Herr Gatzlaff erklärt, dass die Diskussion über die Organisation der Kindertagesstätten bereits seit vielen Jahren geführt werde. Er erinnert daran, dass die Einrichtungen im Jahr 2004 unter anderem deshalb an freie Träger übertragen worden seien, weil die Tarifstrukturen der freien Träger günstiger gewesen seien und die Stadt ihren Haushalt habe konsolidieren müssen. Seit einer gesetzlichen Änderung im Jahr 2013 beziehungsweise 2017 liege die Zuständigkeit für die Finanzierung und die Verhandlungen mit freien Trägern beim Landkreis. Die Kosten müssten jedoch weiterhin von den Kommunen getragen werden. Herr Gatzlaff schildert mehrere Beispiele aus der Verwaltungspraxis:

- Fördermittel für zusätzliche Kita-Plätze hätten wegen fehlender Mitwirkung eines freien Trägers nicht vollständig genutzt werden können.
- Bei Verhandlungen über Leitungsstunden habe es Kommunikationsprobleme zwischen Landkreis, Stadt und freiem Träger gegeben.
- Technische oder organisatorische Maßnahmen müssten bei freien Trägern häufig über mehrere Verwaltungsebenen abgestimmt werden.

Nach seiner Einschätzung führe dies zu einem hohen Verwaltungsaufwand.

Er erläutert, dass eine Rekommunalisierung insbesondere dazu dienen solle, die Verfahren zu vereinfachen und Entscheidungswege zu verkürzen. Gleichzeitig betont er, dass es keine allgemeingültige Antwort auf die Frage der Rekommunalisierung gebe. Jede politische Entscheidung müsse abwägen zwischen bestehenden Strukturen und dem Wunsch nach Veränderungen. Er erklärt weiter, dass er persönlich eine Rekommunalisierung in Form eines Regiebetriebes befürworten würde. Ein Eigenbetrieb sei aus seiner Sicht deutlich kostenintensiver und löse die beschriebenen Probleme nicht vollständig. Abschließend bietet er an, weitere Fragen zu beantworten.

Herr Hayn kündigt die Wortmeldungen der Fraktionen an und erteilt Herrn Kreisel das Wort.

Herr Kreisel erklärt, dass die Entscheidung über die zukünftige Organisation der Kindertagesstätten und Horte keine einfache sei. Dies zeige sich bereits daran, dass über das Thema seit langer Zeit intensiv diskutiert werde und in den vergangenen Wochen zahlreiche Gespräche zur Suche nach einem Kompromiss geführt worden seien. Er verweist auf die letzte Sitzung des Hauptausschusses, in der nach seiner Einschätzung ein tragfähiger Kompromiss gefunden worden sei. Grundlage sei ein Vorschlag der SPD-Fraktion aus dem September des Vorjahres gewesen. Dieser habe die Gründung eines Eigenbetriebes sowie die Übernahme einzelner Kindertagesstätten und Horte vorgesehen. Er führt aus, dass die CDU-Fraktion sich in der Vergangenheit überwiegend für eine Rekommunalisierung ausgesprochen habe. Als Gründe nennt er:

- bessere Kostenkontrolle,
- bessere Übersicht über Kinderanmeldungen,
- bessere Übersicht über die tatsächliche Anwesenheit der Kinder,
- bessere Ermittlung des Bedarfs.

Er erklärt weiter, dass bei den regelmäßigen LEQ-Vereinbarungen immer wieder mangelnde Transparenz bei den Kostenabrechnungen sowie erhebliche Unterschiede zwischen den Kostenstrukturen der verschiedenen Träger sichtbar würden. Deshalb sehe seine Fraktion weiterhin Einsparpotenziale durch eine Rekommunalisierung oder durch neue Vertragsgrundlagen mit den Trägern. Anschließend verweist er auf neue Informationen, die den Fraktionen in der laufenden Woche übermittelt worden seien. Bisher sei von zusätzlichen Kosten in Höhe von etwa 183.000 Euro ausgegangen worden. Nun sei ein Betrag von 250.000 Euro genannt worden. Diese Veränderung habe Fragen aufgeworfen. Außerdem habe die Diskussion bisher auf der Grundlage eines Eigenbetriebes stattgefunden. Dieses Modell sei unter anderem durch Gespräche mit der Stadt Wittenberg beeinflusst worden, die bereits Erfahrungen mit einer Rekommunalisierung gesammelt habe. Nun habe die Verwaltung erklärt, dass ein Eigenbetrieb zu aufwendig und kostenintensiv sei und stattdessen ein Regiebetrieb innerhalb der Stadtverwaltung bevorzugt werde. Herr Kreisel erklärt, dass diese Darstellung in den vorherigen Beratungen und Arbeitsgruppen so nicht kommuniziert worden sei. Zusätzlich verweist er auf angekündigte personelle Veränderungen im zuständigen Amt. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion diese Entwicklungen in ihrer Fraktionssitzung intensiv diskutiert habe. Dabei sei der Eindruck entstanden, dass die Verwaltung die bisher diskutierte Form der Rekommunalisierung nicht umsetzen wolle oder könne. Er führt aus, dass eine Rekommunalisierung aus seiner Sicht nur dann sinnvoll sei, wenn nicht lediglich einzelne Horte oder wenige Einrichtungen übernommen würden. Es müsse eine ausreichende wirtschaftliche Grundlage vorhanden sein, damit ein Eigenbetrieb tragfähig arbeiten könne. Gleichzeitig betont er, dass Kinder, Eltern und Erzieherinnen beziehungsweise Erzieher nicht Gegenstand eines Experiments werden dürften. Die CDU-Fraktion halte weiterhin an dem Ziel einer Rekommunalisierung fest, wolle diese aber nicht „um jeden Preis“ und nicht unter den aktuellen Bedingungen umsetzen. Er schlägt vor, die bestehenden Verträge zunächst um drei bis fünf Jahre zu verlängern und in dieser Zeit neue Verhandlungen mit den Trägern zu führen. Daraus könnten sich nach seiner Einschätzung Verbesserungen ergeben. Abschließend erklärt er, dass er zunächst auf weitere Änderungsanträge verzichten wolle, um die Diskussion nicht noch komplizierter zu machen. Er zeigt sich jedoch überzeugt, dass im weiteren Verlauf noch ein gemeinsamer Weg gefunden werden könne.

Herr Müller-Bahr erklärt anschließend, dass die genannten 250.000 Euro nicht als jährliche Mehrkosten zu verstehen seien. Vielmehr habe die Verwaltung die Gründung eines Eigenbetriebes erneut geprüft und dabei festgestellt, dass:

- im Jahr 2027 zusätzliche Mittel in Höhe von etwa 30.000 Euro benötigt würden,
- im Jahr 2028 mindestens 250.000 Euro erforderlich seien, um den Eigenbetrieb organisatorisch aufzubauen und personell auszustatten.

Er erläutert, dass ein Eigenbetrieb zusätzliche Bürokratie und zusätzliche Personalkosten verursache. Außerdem stellt er klar, dass die Stadt Wittenberg nicht empfohlen habe, zwingend einen Eigenbetrieb einzurichten. Vielmehr sei dort darauf hingewiesen worden, dass sich ein Eigenbetrieb bei einer vergleichsweise geringen Zahl von Einrichtungen möglicherweise nicht

lohne. Als Vergleich nennt er die Stadt Leuna mit zwölf Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft innerhalb der regulären Stadtverwaltung. Abschließend erklärt der Oberbürgermeister, er halte es für problematisch, wenn der Eindruck entstehe, die Stadtverwaltung von Merseburg sei grundsätzlich nicht in der Lage, Kindertagesstätten zu betreiben, während dies in anderen Kommunen funktioniere. Er betont erneut, dass die Verwaltung einen Eigenbetrieb umsetzen würde, falls der Stadtrat dies beschließe, zugleich aber verpflichtet sei, auf die zusätzlichen Kosten und den höheren Verwaltungsaufwand hinzuweisen.

Herr Finger sagt, dass keine offiziellen Zahlenunterlagen verteilt worden seien.

Herr Müller-Bahr sagt, dass die genannten Beträge Ergebnis interner Gespräche gewesen seien. Man habe intern von ungefähr 250.000 Euro gesprochen. Diese Information sei Herrn Kreisel im Rahmen einer Fraktionssitzung mitgeteilt worden. Es habe sich dabei nicht um eine formelle Ausarbeitung gehandelt, sondern um einen internen Abstimmungsstand, der für die aktuelle Diskussion noch einmal aufgearbeitet worden sei.

Herr Hayn erteilt Frau Krause das Wort.

Frau Krause erklärt, dass sich ihre Fraktion den Ausführungen von Herr Müller-Bahr und Herr Gatzlaff anschließe. Die AfD-Fraktion halte die Rekommunalisierung für überfällig. Durch eine kommunale Trägerschaft erwarte man bessere wirtschaftliche und finanzielle Einblicke sowie mehr Transparenz. Sie betont zugleich, dass die bestehenden freien Trägerschaften nicht ausgeschlossen werden sollen. Die Zusammenarbeit mit ihnen solle weiterhin fortgeführt werden. Frau Krause erinnert daran, dass bereits seit fast einem Jahr über das Thema beraten werde. Es habe mehrere Lesungen sowie die Bildung einer Arbeitsgruppe gegeben. Für Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie die Öffentlichkeit entstehe dadurch nach ihrer Einschätzung ein widersprüchlicher Eindruck. Sie erklärt weiter, dass man innerhalb der Arbeitsgruppe von einem breiten Konsens ausgegangen sei, getragen von mehreren größeren Fraktionen. Dieser Konsens sei jedoch zuletzt im Finanz- und Hauptausschuss wieder in Frage gestellt worden, nachdem sich eine Fraktion davon distanziert habe. Abschließend stellt sie klar, dass die AfD-Fraktion weiterhin ausdrücklich hinter einer Rekommunalisierung stehe, allerdings ohne die Gründung eines Eigenbetriebes.

Herr Turré beginnt seinen Redebeitrag mit einem Vergleich zur aktuellen Fußballberichterstattung und erklärt, die Diskussion zur Rekommunalisierung erinnere ihn an ein Hin- und Rückspiel mit mehrfacher Verlängerung. Er beschreibt die Situation als sehr belastend für alle Beteiligten und erklärt, viele Beteiligte wollten vor allem, dass die Diskussion zu einem Abschluss komme. Anschließend erklärt er, dass die ursprüngliche Zielsetzung nachvollziehbar gewesen sei. Er verweist dabei auf frühere Entscheidungen zur Rekommunalisierung anderer Bereiche, bei denen die Stadt nach seiner Einschätzung deutliche Vorteile erzielt habe. Im Gegensatz dazu sieht er bei den Kindertagesstätten keine vergleichbare Ausgangslage. Nach seiner Darstellung hätten die freien Träger in den vergangenen Jahren überwiegend zuverlässig gearbeitet. Es habe keine größeren öffentlichen Konflikte oder Beschwerden gegeben. Die Einrichtungen würden aus seiner Sicht insgesamt funktionierende Arbeit leisten. Gleichzeitig kritisiert er die Bestrebungen, die Einrichtungen wieder vollständig in kommunale Verantwortung zu übernehmen. Er erklärt, es gebe aus seiner Sicht keinen Beleg dafür, dass die Stadtverwaltung die Aufgabe besser erfüllen könne. Er verweist darauf, dass innerhalb der Verwaltung nach seiner Einschätzung nur sehr wenige Personen über ausreichende fachliche Erfahrung im Bereich der Kita-Verwaltung verfügten. Gleichzeitig gehe es bei der geplanten Rekommunalisierung um eine große Zahl von Einrichtungen. Er betont, dass es sich um einen sehr großen organisatorischen Schritt handle und nicht lediglich um die Übernahme einzelner Einrichtungen. Außerdem kritisiert er die unterschiedlichen Signale der Verwaltung. Einerseits seien in früheren Präsentationen verschiedene Organisationsmodelle — darunter auch der Eigenbetrieb — ausführlich dargestellt worden. Andererseits werde nun erklärt, dass ein Eigenbetrieb zu teuer und zu aufwendig sei. Er verweist dabei insbesondere auf Erfahrungen aus Wittenberg. Dort werde ein Eigenbetrieb geführt, der nach seiner Darstellung eine umfangreiche Verwaltungsstruktur besitze. Daraus leitet er ab, dass auch in Merseburg

erhebliche zusätzliche Verwaltungsstrukturen erforderlich wären. Nach seiner Einschätzung führe die geplante Rekommunalisierung in jedem Fall zu höheren Kosten für die Stadt und damit auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Er erklärt weiter, dass er die bisherige Zielsetzung der Stadt — mehr Transparenz und bessere Steuerungsmöglichkeiten — grundsätzlich nachvollziehen könne. Er schlägt jedoch vor, diese Ziele zunächst durch neue Vertragsverhandlungen mit den freien Trägern zu erreichen. Dazu regt er an:

- bestehende Verträge neu zu verhandeln,
- klare Anforderungen an Transparenz und Steuerung zu formulieren,
- gegebenenfalls kürzere Vertragslaufzeiten von drei bis fünf Jahren zu vereinbaren,
- bei Bedarf einzelne Einrichtungen neu auszuschreiben.

Eine vollständige Übernahme der Einrichtungen durch die Stadtverwaltung ohne aus seiner Sicht ausreichende organisatorische Vorbereitung bezeichnet er dagegen als riskant. Abschließend erklärt er, dass er die Stadtverwaltung derzeit nicht für ausreichend leistungsfähig halte, um eine so umfangreiche Aufgabe zusätzlich zu übernehmen. Vorrang müssten aus seiner Sicht zunächst die bestehenden Pflichtaufgaben der Stadt haben.

Frau Ernst erklärt zunächst, dass sie keine Fußballvergleiche verwenden wolle und wieder auf die sachliche Ebene zurückkehre. Sie verweist darauf, dass die Position ihrer Fraktion allgemein bekannt sei. Die historische Entwicklung seit der Übergabe der Einrichtungen im Jahr 2004 wolle sie nicht erneut ausführlich darstellen. Im Mittelpunkt ihres Beitrags steht die Einführung der sogenannten LEQ-Vereinbarungen. Frau Ernst erklärt, dass der Stadt dadurch die unmittelbare Verhandlungsbasis mit den freien Trägern entzogen worden sei. Die Verhandlungen würden durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe geführt und nicht durch die Stadt selbst. Deshalb habe sich ihre Fraktion bei LEQ-Vereinbarungen regelmäßig enthalten. Nach ihrer Auffassung sei es problematisch, dass Dritte über Kosten entscheiden würden, die letztlich im Haushalt der Stadt bereitgestellt werden müssten. Außerdem weist sie darauf hin, dass das Kinderförderungsgesetz den Städten erst seit dem Jahr 2017 überhaupt eine Beteiligung an den Verhandlungen ermögliche. Zuvor seien Entscheidungen vollständig ohne Mitwirkung der Stadt getroffen worden. Sie erklärt weiter, dass ihr keine konkreten Abrechnungen der freien Träger vorlägen. Sie könne daher nicht nachvollziehen:

- ob die bereitgestellten Mittel ausreichen,
- ob sie zu hoch seien,
- oder wie wirtschaftlich gearbeitet werde.

Sie vergleicht dies mit privaten Betriebskostenabrechnungen, bei denen am Jahresende eine konkrete Abrechnung erfolge. Anschließend verweist sie auf die Entwicklung der Kosten:

- Im Jahr 2013 habe das betreffende Produktvolumen bei etwa 1,4 Millionen Euro gelegen.
- Im Jahr 2025 liege es bei rund 7,9 Millionen Euro.

Die Zahl der Kinder habe sich nach ihrer Darstellung dabei nicht wesentlich erhöht.

Sie erklärt, dass die Stadt die Einrichtungen bereits früher erfolgreich betrieben habe und deshalb auch künftig dazu in der Lage sei. Zudem betont sie, dass die Einrichtungen nicht sofort übernommen würden. Die Übernahme solle gestaffelt erfolgen:

- Einrichtungen der Volkssolidarität im Jahr 2028,
- Einrichtungen der AWO im Jahr 2029.

Dadurch bleibe nach ihrer Einschätzung ausreichend Zeit für organisatorische Vorbereitungen. Im Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Fraktion kritisiert sie die Formulierung „strategisch bedeutsame Referenzeinrichtungen“. Sie erklärt, ihr sei unklar, was darunter konkret zu verstehen sei, da aus ihrer Sicht alle Kindereinrichtungen gleichermaßen wichtig seien.

Außerdem äußert sie Zweifel daran, dass freie Träger bereit wären, Einrichtungen nur für kurze Vertragslaufzeiten von zwei oder drei Jahren zu übernehmen. Dafür seien langfristige Planungen und finanzielle Sicherheiten notwendig. Zum Thema Eigenbetrieb erklärt sie, dass sich ein Eigenbetrieb nur bei einer ausreichend großen Zahl von Einrichtungen wirtschaftlich rechnen würde. Bei lediglich wenigen Einrichtungen entstünden zusätzliche Kosten.

Abschließend betont sie, dass es bei der Diskussion nicht in erster Linie um Einsparungen gehe. Ziel sei vielmehr eine transparente Steuerung der Einrichtungen. Zudem erinnert sie daran, dass die Stadt ohnehin weiterhin für Investitionen und Gebäudeunterhaltung zuständig bleibe, da sich die Einrichtungen im Eigentum der Stadt befänden. Sie erklärt, die Einrichtungen befänden sich insgesamt in einem guten Zustand. Im Namen ihrer Fraktion DIE LINKE spricht sich Frau Ernst abschließend für die Rekommunalisierung aller Einrichtungen der beiden großen Träger aus — organisiert innerhalb der Stadtverwaltung als reguläres Sachgebiet.

Herr Finger erklärt, dass weiterhin mit der Zahl von 180.000 Euro Mehrkosten argumentiert werde. Dabei handele es sich nach seiner Darstellung um eine sehr optimistische Berechnung von Herrn Schüler. Er verweist insbesondere auf die dort angesetzten 14 Springerstellen. Nach seiner Einschätzung seien diese deutlich zu hoch angesetzt. Würde die Zahl der Springerstellen reduziert, ergäben sich erhebliche Einsparpotenziale. Gleichzeitig betont er erneut, dass es bei der Rekommunalisierung nicht vorrangig um Einsparungen gehe. Die Mittel sollten weiterhin den Kindern und den Einrichtungen zugutekommen. Entscheidend sei vielmehr, dass die Stadt wieder Kontrolle und Transparenz über die Verwendung der Mittel erhalte.

Herr Eichelmann erklärt, man könne meinen, dass sich nach der langen Diskussion inzwischen eine gute Lösung ergeben müsste. Nach seiner Einschätzung sei dies bei der Debatte über die Rekommunalisierung jedoch nicht der Fall. Er verweist darauf, dass das Thema bereits seit August intensiv beraten werde. Dabei sei häufig miteinander gesprochen worden — innerhalb des Stadtrates, innerhalb der Verwaltung und innerhalb der Fraktionen — jedoch aus seiner Sicht zu wenig gemeinsam mit den Einrichtungen selbst. Er kritisiert das wiederholte Verschieben und erneute Aufgreifen des Themas in verschiedenen Ausschusssrunden. Dieses ständige Hin und Her führe nach seiner Auffassung vor allem zu Unsicherheit bei:

- Eltern,
- Leitungen der Einrichtungen,
- Mitarbeitenden,
- sowie in der gesamten Stadtgesellschaft.

Außerdem erklärt er, dass die Bemühungen der gewählten Elternvertretungen in der Diskussion aus seiner Sicht zu wenig berücksichtigt worden seien. Die Gründe für seine persönliche Ablehnung der Rekommunalisierung seien bereits mehrfach ausführlich dargestellt worden. Er nennt erneut insbesondere:

- die aus seiner Sicht zu großen zusätzlichen Aufgaben für die Stadtverwaltung,
- den Wunsch nach Transparenz und Steuerung, den er für vorgeschoben halte,
- unklare Zukunftsperspektiven durch demografische Entwicklungen,
- sowie prognostizierte Mehrkosten.

Er erklärt ausdrücklich, dass nach seiner Einschätzung keine Einsparungen zu erwarten seien. Die entscheidende Frage sei vielmehr, wie hoch die zusätzlichen Belastungen für den städtischen Haushalt ausfallen würden. Abschließend fordert er dazu auf, die lang andauernde Diskussion nun zu beenden und eine Entscheidung zu treffen. Gleichzeitig bedauert er den Verlauf der Debatte und erklärt, dass dieses Vorgehen weder für den Stadtrat noch für die Verwaltung oder den städtischen Haushalt hilfreich gewesen sei. Zum Schluss äußert er die Auffassung, dass sich in dieser Diskussion nicht die Vernunft, sondern vor allem festgefahrene Positionen durchgesetzt hätten.

Herr Wald meldet sich vor dem nächsten Redebeitrag mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort. Er erklärt im Namen seiner Fraktion, dass Bedenken hinsichtlich einer möglichen Befangenheit von Herrn Haring bestünden. Hintergrund sei dessen Tätigkeit als Geschäftsführer der Kinderträume Merseburg beziehungsweise der Einrichtung „Rappelschloss“ in Merseburg.

Herr Haring erklärt daraufhin, dass die Frage der Befangenheit bereits über das Rechtsamt der Stadt mit der Kommunalaufsicht geprüft worden sei. Dabei sei festgestellt worden, dass

keine Befangenheit vorliege, da die Kindertagesstätte „Rappelschloss“ nicht Gegenstand der aktuellen Beschlussfassung sei.

Herr Müller-Bahr ergänzt und sagt, dass es hierzu einen ausführlichen Austausch zwischen Stadtverwaltung und Kommunalaufsicht gegeben habe. Die Kommunalaufsicht habe nach Prüfung der rechtlichen Grundlagen und Kommentierungen entschieden, dass keine Befangenheit bestehe, solange die Einrichtung „Rappelschloss“ nicht selbst Teil der Diskussion oder Beschlussfassung werde.

Herr Hayn bittet darum, sowohl den Hinweis von Herrn Wald als auch die Stellungnahme des Oberbürgermeisters vollständig im Protokoll festzuhalten. Anschließend erhält Herr Haring das Wort.

Herr Haring führt aus, dass die zuvor thematisierte Befangenheitsdiskussion aus seiner Sicht bestätige, dass zunächst versucht worden sei, Fachkompetenz auszuschließen. Er zeigt sich zugleich erleichtert darüber, dass die Kommunalaufsicht zu einer anderen Einschätzung gekommen sei. Anschließend richtet er sich an den Oberbürgermeister, die Stadtratsmitglieder, die Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere an die Eltern und erklärt, er habe sich bereits in der Stadtratssitzung vom 9. Oktober 2025 gewünscht, dass die heutige Entscheidung sachlich und faktenbasiert geführt werde. Nach seiner Auffassung sei dies bislang jedoch nicht gelungen. Er kritisiert, dass es in den Beratungen der Arbeitsgruppe und Ausschüsse teilweise an Klarheit über die Sach- und Faktenlage gefehlt habe. Dies habe sich unter anderem in verwirrenden Abstimmungen, unklaren Ergebnissen sowie Änderungsanträgen zu weiteren Änderungsanträgen gezeigt. Zur Einordnung der Diskussion fasst er die bisherigen Beratungen anhand mehrerer aus seiner Sicht wesentlicher Feststellungen zusammen. Zunächst weist er darauf, dass die großen Kindertagesstätten in Merseburg im Jahr 2004 an die Träger Kinderland und AWO übertragen worden seien. Dabei seien Leih- und Überlassungsverträge zu den Gebäuden, Personalüberleitungsverträge sowie Finanzierungsvereinbarungen geschlossen worden. Diskutiert werde aktuell jedoch im Wesentlichen nur über die Gebäudeverträge. Weiter führt er aus, dass mit Einführung des Kinderförderungsgesetzes im Jahr 2013 das frühere Modell der Spitzabrechnung entfallen sei. Die aktuelle Beschlussvorlage betreffe seiner Ansicht nach daher faktisch vor allem die Frage, wie mit den 2028 und 2029 auslaufenden Leih- und Überlassungsverträgen umzugehen sei. Er betont, dass sich alle Fraktionen grundsätzlich in zwei Punkten einig seien: Es solle mehr Kostenklarheit geschaffen und zugleich mehr Einfluss auf Platzvergabe, Ausstattung und Instandhaltung der Kindertagesstätten ermöglicht werden. Im Zusammenhang mit dem von der Verwaltung vorgelegten Kostenvergleich erklärt Herr Haring, dass lediglich die Entwicklung der Kosten freier Träger betrachtet worden sei. Ein Vergleich mit den Personalkosten der Stadtverwaltung im gleichen Zeitraum liege hingegen nicht vor. Deshalb könne nicht beurteilt werden, ob die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft tatsächlich günstiger betrieben worden wären. Aus seiner Sicht zeige der Vergleich vielmehr, dass ein Betrieb durch die Stadt teurer wäre und damit entweder den Haushalt zusätzlich belastete oder zu höheren Elternbeiträgen führen könne. Im weiteren Verlauf geht er auf die unterschiedlichen Organisationsformen ein. In der Arbeitsgruppe seien Vor- und Nachteile von Regiebetrieb und Eigenbetrieb dargestellt worden. Nach seiner Darstellung liege beim Regiebetrieb die vollständige Verantwortung innerhalb der Stadtverwaltung. Zugleich fehle dort jedoch die gewünschte Kostenklarheit, weil innerhalb der Verwaltung bislang keine umfassende Kosten-Leistungs-Rechnung etabliert sei. Demgegenüber beschreibt er den Eigenbetrieb als rechtlich weiterhin zur Stadt gehörend, jedoch organisatorisch eigenständig mit separater Buchhaltung. Dadurch seien Wirtschaftspläne, Investitionen und Stellenpläne transparenter nachvollziehbar. Zudem könne gegenüber der Stadtverwaltung spitz abgerechnet werden, einschließlich Defizit- und Überschussausgleich. Er erklärt weiter, dass die Gründung eines Eigenbetriebes aus seiner Sicht keine außergewöhnliche Schwierigkeit darstelle. Er habe hierzu sogar Beschlussvorlagen anderer Kommunen mitgebracht. Kritisch äußert er sich zu den in der Diskussion genannten Gründungskosten im sechsstelligen Bereich, da dort nach seiner Auffassung reguläre Betriebskosten mit eingerechnet würden. Dies bezeichnet er als betriebswirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Er führt zur Frage der Anzahl der zu übernehmenden Einrichtungen aus, dass aus seiner Sicht Zurückhaltung geboten sei. Die

Entwicklung der Kinderzahlen sei nicht eindeutig prognostizierbar. Zudem stelle die Übernahme von etwa 75 Prozent der Merseburger Einrichtungen einen erheblichen organisatorischen Aufwand dar. Die in der SWOT-Analyse der Beschlussvorlage genannten Risiken seien seiner Auffassung nach kaum kalkulierbar. Er betont, dass bei der Übernahme der Einrichtungen, der Einführung neuer Prozesse, der Übernahme von Mitarbeitern sowie der Betreuung der Kinder keine Fehler passieren dürften. Aus seiner Sicht sollten deshalb nur so viele Einrichtungen übernommen werden, wie die Stadtverwaltung realistisch bewältigen könne. Fehler träfen am Ende insbesondere Kinder und Eltern. Zudem gehe es bei dieser Pflichtaufgabe nicht darum, Gewinne zu erzielen, sondern eine verlässliche Dienstleistung zu erbringen. Zum Thema Kitaplatzvergabe verweist er auf einen bestehenden Stadtratsbeschluss zur Einführung eines entsprechenden Portals. Dieses solle nach bisheriger Planung bis zum Wechsel des Schuljahres bereitstehen. Er äußert die Erwartung, dass hierzu zeitnah Ergebnisse sichtbar würden. Anschließend blickt er auf das Jahr 2013 zurück. Damals habe ein Träger den Überlassungsvertrag für eine Merseburger Kindertagesstätte gekündigt. Daraufhin seien sich Stadtrat und Stadtverwaltung einig gewesen, dass die Einrichtung weiterhin nicht durch die Stadt selbst betrieben werden solle. Es sei ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt worden, bei dem Bewerber unter anderem Finanzierungspläne, Personaleinsatzplanungen, Referenzen und pädagogische Konzepte hätten vorlegen müssen. Nach Vorstellungsgesprächen mit Stadträten, Jugendamt, Verwaltung, Eltern und Mitarbeitern sei schließlich eine Entscheidung getroffen worden. Danach seien Personalüberleitungsverträge sowie Finanzierungs- und Überlassungsvereinbarungen abgeschlossen worden. Er erklärt, dieses Verfahren sei deutlich einfacher als der Versuch, abgeschaffte Strukturen und Prozesse innerhalb kurzer Zeit wieder aufzubauen. Er bietet der Verwaltung an, entsprechende Unterlagen aus dem damaligen Verfahren zur Verfügung zu stellen. Für den Fall, dass sich auf eine Ausschreibung kein Träger bewerben sollte, erklärt er, dies wäre dann eine Entscheidung des Marktes zugunsten einer Rekommunalisierung. Mit Blick auf mögliche Elternbeiträge erklärt er, dass diese seiner Auffassung nach künftig nicht sinken würden. Entscheidend sei vielmehr, in welcher Höhe die Beiträge steigen und wie nachvollziehbar die Stadtverwaltung die entstehenden Kosten begründen könne. Abschließend richtet er sich an die Stadtratsmitglieder und erklärt, dass über die Nichtverlängerung der Übertragungs- und Pachtverträge nur entschieden werden sollte, wenn die jeweiligen Konsequenzen der anschließenden Beschlüsse auch nachvollziehbar benannt werden könnten.

Herr Dr. Kuhne erklärt eingangs, dass er als Vertreter der kleinsten Fraktion häufig zuletzt spreche. Zugleich weist er darauf hin, dass im parlamentarischen System unterschiedliche Meinungen innerhalb einer Fraktion respektiert werden müssten. Daher könne es vorkommen, dass sein jüngerer Fraktionskollege eine andere Auffassung vertrete als er selbst als Fraktionsvorsitzender. Er führt weiter aus, dass er zu den wenigen Stadträten gehöre, die bereits bei der damaligen Übertragung der Kindertagesstätten an freie Träger beteiligt gewesen seien. Dabei widerspricht er teilweise der zuvor dargestellten Motivation. Nach seiner Erinnerung seien nicht allein wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend gewesen, sondern vor allem der Wunsch nach pädagogischer Vielfalt durch unterschiedliche Trägerstrukturen. Diese Vielfalt habe sich aus seiner Sicht auch tatsächlich entwickelt. Die Kindertagesstätten hätten unterschiedliche pädagogische Ausrichtungen erhalten, was damals ausdrücklich gewünscht gewesen sei. Kritisch bewertet er jedoch die finanzielle Entwicklung seit Einführung des damaligen Modells. Während die Stadt im Jahr 2013 noch etwa 1,3 Millionen Euro Zuschuss geleistet habe, liege der Zuschuss inzwischen bei nahezu zehn Millionen Euro jährlich. Die erhofften wirtschaftlichen Vorteile hätten sich somit nicht bestätigt. Er räumt zugleich ein, dass dies auch mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Kinderförderungsgesetzes zusammenhängen könne, auf die die Stadt nur begrenzten Einfluss habe. Weiter erklärt er, dass der Stadtrat bei den Entgeltvereinbarungen in der Vergangenheit faktisch kaum Gestaltungsmöglichkeiten gehabt habe. Zwar hätte gemeinsam mit dem Landkreis verhandelt werden können, dies sei jedoch offensichtlich als wenig aussichtsreich bewertet worden. Gerade diese fehlenden Einflussmöglichkeiten seien für ihn ein wesentlicher Grund, nun Veränderungen anzustreben. Er betont ausdrücklich, dass es für ihn keine Rolle spiele, aus welchen Fraktionen die Forderung nach einer Rekommunalisierung ursprünglich gekommen sei. Er spricht sich persönlich für die Rekommunalisierung aus. Er verweist darauf, dass Merseburg Kreisstadt des wirtschaftlich

stärksten Landkreises in Sachsen-Anhalt sei. Deshalb würde es der Stadt seiner Ansicht nach „gut zu Gesicht stehen“, die Verantwortung für die Kindertagesbetreuung zumindest teilweise wieder selbst zu übernehmen. Andere Kommunen, insbesondere Wittenberg, würden entsprechende Modelle bereits erfolgreich praktizieren. Als weiteren Vorteil nennt er die Möglichkeit, künftig mehr Einfluss auf die Verteilung der Kinder auf die Einrichtungen zu erhalten. Gegenwärtig könnten Eltern ihre Kinder gleichzeitig an mehreren Einrichtungen anmelden, was aus seiner Sicht zu organisatorischen Problemen führe. Ein zentrales Vergabeportal könne hier Verbesserungen bringen, allerdings nur dann, wenn die Stadt auch die entsprechende Gesamtverantwortung trage. Abschließend erklärt er, dass er ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen innerhalb seiner Fraktion der Rekommunalisierung zustimmen werde.

Herr Seifert erklärt, dass für ihn der Ausgangspunkt der gesamten Diskussion die finanziellen Entwicklungen gewesen seien. Die Betreuung der Kinder durch die freien Träger werde grundsätzlich als gut bewertet. Das sei mehrfach festgestellt worden. Problematisch sei jedoch gewesen, dass die Stadt keinen ausreichenden Einfluss mehr auf die finanziellen Mittel gehabt habe und die Kostensteigerungen zunehmend schwer nachvollziehbar geworden seien. Er betont, dass er aus wirtschaftlicher Sicht mutig genug sei, eine Rekommunalisierung zu unterstützen. Zugleich stellt er die Frage, ob man sich mit kleinen Lösungen zufriedengeben oder etwas Größeres erreichen wolle. Er erklärt erneut ausdrücklich, dass er die Rekommunalisierung befürworte. Gleichzeitig hebt er hervor, dass dabei die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle spielten. Der städtische Haushalt werde zunehmend schwieriger zu steuern. Deshalb brauche es bei einer Übernahme der Einrichtungen klare Strukturen, Transparenz und Kontrollmöglichkeiten. Er führt aus, dass er aus eigener unternehmerischer Erfahrung heraus einen Bereich mit etwa 150 Beschäftigten niemals ohne engmaschige Kontrolle führen würde. Einen Betrieb mit zahlreichen Einrichtungen und Kindern lediglich innerhalb eines Regiebetriebes der Verwaltung anzusiedeln, halte er daher nicht für sinnvoll. Er fordert stattdessen Kostentransparenz, Übersichtlichkeit sowie Einflussmöglichkeiten auf Qualität und Strukturen. Dabei verweist er erneut auf Beispiele anderer Kommunen, insbesondere auf Wittenberg. Dort seien nicht nur Kindertageseinrichtungen, sondern auch Schulen, Horte und weitere Einrichtungen in entsprechende Organisationsformen überführt worden, um mehr Transparenz zu schaffen. Zudem seien dort nach seiner Erinnerung auch Einsparungen genannt worden. Die Diskussion um hohe Gründungskosten bewertet er kritisch. Aus eigener Erfahrung mit Unternehmensgründungen halte er die genannten Summen für überzogen. Kosten entstünden seiner Ansicht nach in jedem Fall, insbesondere wenn zusätzlich Personal innerhalb der Verwaltung eingestellt werden müsse. Er betont weiter, dass eine solche Struktur nur dann sinnvoll sei, wenn sie dauerhaft tragfähig und beherrschbar organisiert werde. Dabei nennt er beispielhaft Frau Engel als mögliche Person mit entsprechender fachlicher Eignung für eine leitende Position. Abschließend erklärt er nochmals ausdrücklich, dass er die Rekommunalisierung unterstütze, jedoch ausschließlich in Form eines Eigenbetriebes. Dieser Schritt solle zudem perspektivisch weiterentwickelt werden und nicht lediglich auf die Kindertageseinrichtungen beschränkt bleiben.

Herr Gatzlaff sagt, dass im Protokoll festgehalten werden solle, dass die Stadtverwaltung bereit gewesen sei, die von Herrn Haring aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

Herr Hayn unterbricht die Sitzung um 19:08 Uhr und bittet die Fraktionsspitzen, sich im kleinen Beratungsraum einzufinden.

Herr Hayn setzt die Sitzung um 19:28 Uhr fort. Er stellt fest, dass 35 Stadträte zuzüglich des Oberbürgermeisters anwesend seien, somit insgesamt 36 stimmberechtigte Mitglieder. Anschließend erklärt er, dass zunächst – wie bereits in den Ausschüssen – über den weitergehenden Antrag der Fraktionen SPD und Bündnisgrüne abgestimmt werden solle. Dieser umfasse vier Punkte, die einzeln abgestimmt werden sollten.

Herr Eichelmann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Herr Hayn fragt nach, ob sich der Antrag auf alle vier Punkte beziehen solle oder lediglich auf einen einzelnen Punkt.

Herr Eichelmann erklärt, dass die namentliche Abstimmung für alle vier Punkte beantragt werde.

Herr Wald gibt den Hinweis, dass zuvor vereinbart worden sei, auf namentliche Abstimmungen zu verzichten, da andernfalls mit einer erheblichen Verlängerung der Sitzung zu rechnen sei.

Herr Hayn sagt, dass es innerhalb der FDP-Fraktion offenbar unterschiedliche Auffassungen zur Vorgehensweise gebe. Er stellt anschließend fest, dass damit eine namentliche Abstimmung über alle vier Punkte durchgeführt werde und geht zur Abstimmung der vier Punkte über. Die Namentlichen Abstimmungen sind Teil der Niederschrift und als Anlage beigelegt.

1. die Leihverträge der Träger Kinderland Merseburg gGmbH zum 31.12.2028 und SDA AWO gGmbH zum 31.12.2029 nicht fortzuführen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	27
Nein-Stimmen	9
Enthaltungen	0

2. Um eine möglichst gute Kostensicherheit im Produkt „Kindertagesstätten“ zu erhalten, sind Kindertageseinrichtungen in städtische Trägerschaft zu überführen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	27
Nein-Stimmen	9
Enthaltungen	0

3. Hierzu wird die Stadtverwaltung beauftragt, einen Eigenbetrieb Kindertagesstätten zu gründen. Es wird ein Vorschlag zur Auswahl von einzelnen, strategisch bedeutsamen Referenzeinrichtungen vorgelegt, welche durch den Eigenbetrieb betrieben werden sollen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	4
Enthaltungen	12

4. Der Betrieb aller übrigen Einrichtungen sind im Rahmen üblicher Vergabeverfahren mittelfristig (maximal fünf Jahre) auszuschreiben.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	20

Nein-Stimmen	16
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine mehrheitliche Beschlussfassung in allen vier Punkten.

TOP 2.14 Informationen zu geplanten Vergabeverfahren

Frau Findeisen informiert über, mehrere vorgesehene Maßnahmen. Genannt werden:

- der grundhafte Ausbau der Leunaer Straße mit Gesamtkosten von rund 3 Millionen Euro,
- die Maßnahme Meuschauer Straße mit einem Volumen von 411.775,38 Euro,
- die Feldstraße mit rund 1,26 Millionen Euro,
- der Gehweg in der Klobikauer Straße mit etwa 340.000 Euro,
- sowie der Schillerplatz mit rund 380.000 Euro.

Sie weist darauf hin, dass sämtliche Maßnahmen über Mittel aus dem Sondervermögen finanziert werden.

Herr Hayn fragt, ob es Fragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.15 Informationen der Stadtverwaltung

Herr Müller-Bahr informiert zunächst darüber, dass die Delegation aus Ljubetsch vom 9. bis 12. Juli nach Merseburg kommen werde. Die Stadt bereite den Besuch nun vor. Die Fraktionen sollen – ähnlich wie bei Partnerstädten – zu entsprechenden Veranstaltungen eingeladen werden.

Zum Thema Nahversorgung erklärt er, dass es für den ehemaligen Lidl-Standort in Merseburg-Süd einen Interessenten gebe, der das Objekt übernehmen, umbauen und dort wieder einen Nahversorger etablieren wolle. Für den Bereich Rosental beziehungsweise Christianenstraße gebe es dagegen weiterhin keine neuen Entwicklungen. Investor und Eigentümer befänden sich weiterhin in Gesprächen. Zum Objekt in der Lasallestraße erläutert er, dass der Eigentümer gewechselt habe. Das Gebäude werde derzeit unter anderem als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt. Der frühere Lidl-Markt befinde sich weiterhin im Eigentum von Lidl und werde gelegentlich für Sonderverkäufe genutzt.

Weiter informiert er darüber, dass Angela Heimbach am selben Tag den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland erhalten habe. Er verweist auf ihre langjährige Tätigkeit, insbesondere im Umfeld des Kreissportbundes.

Ein weiteres Thema betrifft die Städtebauförderung. Die Stadt habe vom Land die Mitteilung erhalten, dass künftig keine Städtebaufördermittel mehr bewilligt würden, solange kein genehmigter Haushalt vorliege. Diese neue Vorgehensweise betreffe offenbar zahlreiche Kommunen. Die Stadt befinde sich hierzu bereits im Austausch mit anderen betroffenen Kommunen.

Anschließend berichtet er erneut über Probleme am Bergmannsring. Bei den Immobilien der ALS Property seien erneut Zahlungsrückstände gegenüber den Stadtwerken entstanden. Eine Abschaltung und Umstellung auf einen Notbetrieb habe in letzter Minute verhindert werden können. Parallel werde weiterhin versucht, gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft eine langfristige Lösung zu finden. Die Preisvorstellungen des Eigentümers lägen nach Aussage des Oberbürgermeisters jedoch weiterhin deutlich zu hoch. Die Situation führe bei den Mietern zu erheblicher Verunsicherung.

Darüber hinaus arbeite die Stadtverwaltung an einer möglichen Sondernutzungsregelung für Handwerkerfahrzeuge auf Parkflächen. Hintergrund seien wiederkehrende Beschwerden von Handwerksbetrieben über Verwarnungen während laufender Einsätze. Die Stadt prüfe derzeit gemeinsam mit anderen Kommunen rechtliche Möglichkeiten.

Ebenfalls weiterbearbeitet werde das Thema Ehrenamtskarte. Hier befinde sich die Stadt im Austausch mit anderen Kommunen.

Schließlich informiert er über Umbauarbeiten in der Klia-Passage. Dort solle ein Schaufenster- und Begegnungsraum für Wirtschaftsförderung, Strukturwandel, Hochschule und weitere Akteure entstehen. Der Raum solle künftig auch für Veranstaltungen und Präsentationen genutzt werden können.

Herr Hayn dankt dem Oberbürgermeister und weist darauf hin, dass den Stadträten Unterlagen zur Bürgermeisterberatung beim Landrat zugesandt worden seien und bittet darum, diese aufmerksam zu lesen. Außerdem kündigt er an, bei der nächsten Stadtratssitzung nicht anwesend zu sein. Die Sitzungsleitung werde dann durch die stellvertretende Vorsitzende übernommen. Abschließend bittet er die Stadtratsmitglieder darum, mit ihr „behutsam und pfleglich“ umzugehen.

TOP 2.16 Schließung der Sitzung

Herr Hayn schließt die öffentliche Sitzung um 19:51 Uhr.

Michael Hayn
Stadtratsvorsitzender

Thomas Albrecht
Protokollant